

13. OKT. 1964

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Unser nächstes Ziel</u>	45

Gedanken zur Kommunalwahl am 25. Oktober

Von Heinrich Hensath

Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen  
des Bundeslandes Hessen

2	<u>Das Passierscheinabkommen</u>	46
---	----------------------------------	----

Ohne Illusionen - aber mit dem Willen, den Menschen zu helfen

3	<u>Verhöhnung der Justiz</u>	22
---	------------------------------	----

Was sich ein Franz Josef Strauß leisten kann

3	<u>DIE CDU GEHT BADEN</u>	21
---	---------------------------	----

Humor im hessischen Kommunalwahlkampf

4	<u>EWG-Anpassungsprogramm</u>	48
---	-------------------------------	----

Schleswig-Holstein braucht Milliardenhilfe

5 - 6	<u>Aktive griechische Außenpolitik</u>	56
-------	--	----

Athen ist besonders um Ausgleich auf dem Balkan besüht

6	<u>Gastarbeiter werden in der Schweiz zum Problem</u>	33
---	---	----

1950 waren es 90 000 - jetzt sind es 800 000

Von Otto Schmidt, Bern

Unser nächstes Ziel

Gedanken zur Kommunalwahl am 25. Oktober

Von Heinrich Hemsath

Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen  
des Bundeslandes Hessen

Zum sechsten Male nach dem totalen Zusammenbruch 1945 gehen die Bürger unseres Landes zur Wahlurne, um die Männer und Frauen ihres Vertrauens für die Gemeinde- und Kreisparlamente zu wählen. Sie haben darüber zu entscheiden, wer ihre Interessen in den nächsten vier Jahren in den Gemeinde- und Kreisparlamenten vertreten soll.

Zum sechsten Male kündigen die hessischen Oppositionsparteien ihren nun schon zur Farce gewordenen "Sturm auf die roten Rathäuser" Hessens an. Sie wissen, daß die Kommunalpolitik seit eh und je eine Domäne der Sozialdemokratischen Partei ist, und sie wissen auch, daß es ihnen nicht gelingen wird, den so begehrten "Erdrutsch" in den Gemeinde- und Kreisparlamenten zu erreichen. Wir Sozialdemokraten gehen mit offenem Visier in diesen Wahlkampf, weil wir die Gewißheit haben, daß unsere kommunalpolitischen Leistungen in der Großstadt wie im kleinsten Dorf unbestreitbar sind und nur das eine Ziel verfolgen, den Menschen zu helfen und dem allgemeinen Wohl zu dienen.

Die Gemeinde als Urzelle der Demokratie fordert die besten Männer und Frauen als Repräsentanten und Gestalter des kommunalen Gemeinwesens. Deshalb haben wir Sozialdemokraten die Aufgaben in der Gemeinde und im Kreis seit Generationen - vor allen aber seit 1945 - für ebenso wichtig gehalten wie die Arbeit und die Entscheidungen auf den anderen politischen Ebenen. Wir wissen, daß wir auch in den Städten und Gemeinden am großen Haus der Demokratie mitbauen. Die Entscheidungen, die wir hier heute und morgen fällen, werden nicht nur für die Gegenwart von großer Bedeutung sein, sondern auch die Weichen für die Zukunft stellen.

Als erste Partei in Hessen hat die SPD ihre kommunalpolitischen Leitsätze der Öffentlichkeit bekanntgegeben. CDU und FDP haben bisher gemeinsam geschwiegen. Nun - das kommt nicht von ungefähr. Sie wissen sehr wohl, daß sie unsere Vorstellungen über eine dem allgemeinen Wohl am wirksamsten dienende Kommunalpolitik keine Alternative gegenüber zu stellen haben.

Wir Sozialdemokraten verzichten bewußt darauf, Versprechungen zu machen, die nicht zu realisieren sind. Wir können in Hessen auf eine ausserordentlich erfolgreiche Kommunalpolitik seit 1945 zurückblicken und eine Bilanz ziehen, die beweist, daß wir unseren Worten auch die Taten folgen ließen.

In Hessen gelang es der SPD vor zwei Jahren bei den Landtagswahlen wiederum, die absolute Mehrheit zu erringen. Dieser Wahlsieg ist uns nicht in den Schoß gefallen. Er war das Ergebnis mühevoller Arbeit und eines guten Zusammenwirkens zwischen dem Land und seinen Gemeinden. Es kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß diese imponierenden Leistungen das Ergebnis einer fortschrittlichen Kommunalpolitik sind, deren fortschrittliche und soziale Stoßrichtung auf allen Gebieten unseres politischen und gesellschaftspolitischen Lebens nicht mehr bestritten wird.

13. Oktober 1964

### Das Passierscheinabkommen

Ohne Illusionen - aber mit dem Willen, den Menschen zu helfen

sp - Die technische und organisatorische Abwicklung des Passierscheinabkommens in Berlin ist einer starken Belastungsprobe ausgesetzt. Von östlicher Seite wird versucht, daß im Verlaufe der langwierigen Verhandlungen von dem Senatsvertreter u n d von der Bundesregierung in Rechnung gestellte zeitweilige Begrenzung des Besucherstroms mehr Bedeutung zuzumessen, als ihr nach Lage der Dinge zugemessen werden kann. Ob hierbei im östlichen Machtbereich jene Kräfte am Werke sind, die das Passierscheinabkommen überhaupt nicht wollten, sei dahingestellt. Tatsache ist, daß in Pankow nicht alle einflussreichen Funktionäre mit dem Passierscheinabkommen einverstanden sind, weil sie meinen, daß durch den großen Besucherstrom vor aller Welt deutlich gemacht wird, wie stark der Wille der Deutschen diesseits und jenseits der Mauer ist, wieder zueinander zu finden.

Bei der Bundesregierung u n d beim Berliner Senat hat man offensichtlich erkannt, daß es keinen Sinn hat, die von Ostberliner Seite in den letzten Tagen aufgetürzten technischen und organisatorischen Schwierigkeiten zu dramatisieren. Man ist in Bonn u n d Berlin gleichermaßen entschlossen, jene Überlegungen auch in dieser schwierigen Situation in den Vordergrund zu stellen, die zu den Passierscheinverhandlungen geführt haben: den Menschen in der geteilten Hauptstadt zu helfen.

Seit jeher weiß man, daß die kommunistischen Machthaber in der Sowjetzone nichts unversucht lassen, um ihre "Staatsexistenz" unter Beweis zu stellen. Sie wollen sich und der Umwelt beweisen, daß sie "Herr im Hause" sind und scheuen bei diesem Versuch vor keinem Mittel zurück.

Eine andere Frage ist es, ob wir im freien Teil Deutschlands dieses traurige Spiel mitspielen dürfen, ob wir durch unser Verhalten dazu beitragen sollen, schikanöse organisatorische und technische Hemmnisse als "Politikum" darzustellen.

Wer das will, soll es offen sagen und gleichzeitig hinzufügen, daß er sich in Zukunft nicht mehr an den Bemühungen um menschliche Erleichterungen zu beteiligen gedenkt. Diese menschlichen Erleichterungen waren das Ziel, von dem sich der Berliner Senat u n d die Bundesregierung gleichermaßen leiten ließen, als sie das Passierscheinabkommen billigten. Weder in Berlin, noch in Bonn hat auch nur ein verantwortlicher Politiker angenommen, dieses Passierscheinabkommen sei ein Ersatz für gesamtdeutsche Politik. Man hat es als einen kleinen Schritt bezeichnet, mit dessen Hilfe man erreichen wollte, daß sich die Menschen in der geteilten Hauptstadt wieder einmal sehen konnten. Das zweite Passierscheinabkommen war ein Fortschritt im Verhältnis zum ersten; diese Feststellung ist unbestritten.

Will man zum Zustand in der Zeit vor Weihnachten 1963 zurück, dann muß man die Annulierung des ersten und des zweiten Schrittes in Kauf nehmen. Wer das will, muß dann auch die Hoffnung aufgeben, jemals einen dritten und weitere Schritte tun zu können.

13. Oktober 1964

### Verhöhnung der Justiz

Was sich ein Franz Josef Strauß leisten kann

sp - Gegen Franz Josef Strauß, den früheren Verteidigungsminister und jetzigen Vorsitzenden der CSU liegt ein Ermittlungsverfahren wegen Amtsanmaßung in Verbindung mit Freiheitsberaubung gegenüber dem Spiegel-Redakteur Konrad Ahlers vor. Viermal wurde Strauß von der Bonner Staatsanwaltschaft vorgeladen, jedesmal zeigte dieser Mann die kalte Schulter und erschien nicht zur Vernehmung; für einen gewöhnlichen Staatsbürger hätte dies üble Folgen. Er müßte wegen Mißachtung des Gerichts mit empfindlichen Strafen rechnen. Dabei kann sich Strauß nicht auf seine Immunität als Bundestagsabgeordneter berufen, sie ist nämlich aufgehoben. Seiner Gewohnheit gemäß geht dieser Mann mit der Wahrheit nicht gerade achtungsvoll um. Strauß soll gesagt haben, das Ermittlungsverfahren sei eingestellt, weil sich der damit befaßte Untersuchungsrichter nicht mit der Verfolgung Unschuldiger schuldig machen wolle. Der betreffende Richter hat aber weder mit Strauß darüber gesprochen, noch eine solche Äußerung von sich gegeben. Das ganze grenzt schon an einen Skandal. Glaubt Strauß, sich eine solche Verhöhnung der Justiz weiterhin ungestraft leisten zu können, und findet sich kein Richter, der dagegen einschreitet? Welch würdeloses Schauspiel wird hier dem Bundesbürger geboten!

\* \* \*

Glosse:

### DIE CDU GEHT BADEN

Humor im hessischer Kommunalwahlkampf

H.B. - Die CDU in Hessen scheint von allen guten Geistern verlassen zu sein. Als NEUER KURS präsentiert sie im Kommunalwahlkampf ein Plakat, das einen netten kleinen Jungen zeigt, der sich an einem Schlauchboot festhält und schwimmen zu lernen versucht. Ob die Plakatmacher der CDU bei ihrem Entwurf von der Angst gepeinigt waren, daß ihre Erbtöchter bald baden gehen müssen, wissen wir natürlich nicht. Die Tatsache jedoch, daß der Propagandastab der CDU-Leitung ein solches Plakat billigte, läßt auf merkwürdige Überlegungen schließen.

Die hessischen Sozialdemokraten haben sich natürlich die Chance, die ihnen ein solches CDU-Plakat bietet, nicht entgehen lassen. Die in Kassel erscheinende NORD-HESSISCHE ZEITUNG druckte auf der ersten Seite das Plakat ab und setzte unter das Schlauchboot auf den sich kräuselnden Wellen die zusätzliche Plakatschrift: DIE CDU GEHT BADEN. - Auf diese Weise sorgte Hessens SPD für Humor im Wahlkampf und bedankte sich - wie wir hören - in einem netten Brief an die CDU-Landesleitung für die hierbei geleistete Unterstützung.

\* \* \*

- 4 -

EWG-Anpassungsprogramm

Schleswig-Holstein braucht Milliardenhilfe

Is - In dieser Woche laufen in Bonn eine Reihe von Verhandlungen, bei denen das EWG-Anpassungsprogramm der schleswig-holsteinischen Landesregierung im Mittelpunkt steht. Dieses 11,5 Milliarden DM umfassende Programm soll Wirtschaft, Landwirtschaft, Verkehr und Bildung des nördlichen Bundeslandes so fördern, daß es ab 1970 EWG-fähig ist. Die Sozialdemokraten im schleswig-holsteinischen Landtag hatten dieses Programm schon zu Zeiten des damaligen Ministerpräsidenten von Hassel mehr als einmal nachdrücklich gefordert. Nur sehr zögernd und mit Verspätung wurde es herausgebracht.

Das Klima in Kiel zwischen der Regierung des Ministerpräsidenten Dr. Lemke (CDU), der mit der FDP koalitiert, und den Sozialdemokraten unter Führung von Oppositionsführer Käber ist so, daß alle Parteien hinsichtlich des EWG-Anpassungsprogramms an einem Strang ziehen. Lemke und Käber haben ständig Kontakt. Bei den Besprechungen in dieser Woche geht es nun darum, aus dem Bundeshaushalt sichtbare Beträge für das Förderungsprogramm von Schleswig-Holstein zu bekommen, dessen nördliche Region im Raum von Flensburg die EWG-Kommission schon einmal als entwicklungsbedürftig bezeichnete.

Die ersten Vorbesprechungen haben zwischen dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Bundestages, des SPD-Abgeordneten Schöttle, und Käber bereits stattgefunden. Dieser Tage treffen Regierungschef Dr. Lemke und Schöttle zusammen. Es soll versucht werden, im Bundesetat für 1965, der zur Beratung ansteht, jene Etatposten zu verbessern, welche der Finanzierung des EWG-Programms in Schleswig-Holstein dienen. Die feste Verkopplung von Bundeszuschüssen und Interessenquoten des Landes soll aufgeweicht werden. Schleswig-Holstein selbst hat große Schwierigkeiten, seinen Haushalt auszugleichen, weil alles darangesetzt werden muß, nicht zu weit von der bundesdurchschnittlichen Entwicklung hinsichtlich des Sozialprodukts abgehängt zu werden.

Weitere Besprechungen Dr. Lemkes mit einigen Bundesministern sind vorgesehen. Er will klar machen, daß Schleswig-Holstein eine stärkere Bundesförderung benötigt, was die Auffassung aller Parteien im schleswig-holsteinischen Landtag ist.

Bei allen dem wird es auch um die ersten Umriss eines Finanzierungsplanes gehen, den Käber mit seiner Fraktion jetzt in Kiel vorgeschlagen hat. Danach sollte der Bund eine Anleihe von 2,5 Milliarden DM für die ganze Laufzeit des EWG-Programms, also bis mindestens 1970, aufnehmen. Es wären jährlich etwa 400 Millionen bereitzustellen. Den Kapitaldienst sollten sich nach einer Anlaufzeit der Bund und das Land teilen. Man würde je Milliarde rund 80 Millionen DM Zinsen und Amortisation jährlich zu zahlen haben. Dieser Betrag brauchte durchaus nicht in herkömmlicher Form auf dem deutschen Kapitalmarkt aufgenommen zu werden.

Es ist nun die Aufgabe der Landesregierung in Kiel und der Bundesregierung in Bonn, diese neue Form einer Investitionshilfe für Schleswig-Holstein durchzusetzen. Die Ergänzung der üblichen Haushaltsmittel ist notwendig. Die Milliarden-Hilfe ist aber ebenso unerlässlich.

### Aktive griechische Aussenpolitik

Athen ist besonders um Ausgleich auf dem Balkan bemüht.

Von Dr. Tasil Mathiopoulos

Die griechische Aussenpolitik - in ihren Grundsätzen entschieden westlich orientiert - bemüht sich neuerdings, auf dem Balkan eine Situation des Gleichgewichts, der Entspannung und der Sicherheit zu schaffen. Zunächst ist es der Regierung Papandreu nach langwierigen Verhandlungen gelungen, mit Bulgarien zu einem vertraglichen Übereinkommen zu gelangen, das nicht nur alle offenen Fragen aus der Zeit seit dem zweiten Weltkrieg regelt, sondern darüber hinaus die Kontroversen zwischen beiden Staaten wegen des dreimaligen Angriffs Bulgariens auf Griechenland aus der Welt schaffen konnte. Die anlässlich des Besuchs des griechischen Aussenministers Ende September in Sofia mit der bulgarischen Regierung geführten Gespräche liessen erkennen, daß sich insbesondere auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet viele Möglichkeiten zur Besserung des Verhältnisses zwischen den beiden Nachbarstaaten bieten.

### Besseres Verhältnis zu Jugoslawien

Kurze Zeit danach überbrachte der jugoslawische Botschafter in Athen dem Ministerpräsidenten Papandreu eine persönliche Einladung der jugoslawischen Regierung zu einem Besuch in Belgrad. Papandreu hat inzwischen bekanntgegeben, daß er dieser Einladung zusammen mit seinem Aussenminister Folge leisten wird. Ein Termin steht allerdings noch nicht fest.

Die Beziehungen Griechenlands zu Jugoslawien hatten bereits in den letzten Jahren eine Wendung zum Besseren genommen. Doch hätte die damalige griechische Regierung Verträge abgeschlossen, die wegen ihrer allzu großen Konzessionsbereitschaft stark kritisiert worden waren, insbesondere, was den freien Zugang zu den griechischen Häfen anging. Eumehr muß im Interesse dauerhafter guter Beziehungen zwischen den Nachbarländern so verhandelt werden, daß keinerlei Ressentiments das einmal Erreichte gefährden können. Die heutige griechische Regierung, deren Befähigung zu einer entschiedenen, wenn auch gemäßigten Wahrung der Interessen Griechenlands sich schon in manchen Bereichen beweisen konnte, wird mit den besten Vorsätzen die Verhandlungen mit Jugoslawien beginnen. In Belgrad wird man - zumal nach dem Abschluß des griechisch-bulgarischen Vertrages - wissen, daß Griechenland nicht als Bittsteller kommt.

### Auch zu Albanien sollen die Fäden wieder angeknüpft werden

In diesem Zusammenhang ist die Tatsache von Bedeutung, daß Albanien über Mittelmänner in Erfahrung zu bringen sucht, inwieweit man in Athen an einer Wiederaufnahme der griechisch-albanischen Beziehungen interessiert ist. Seit dem Jahre 1959 hat zwischen den beiden Ländern keine diplomatische Fühlungnahme stattgefunden. Die griechische Regierung dürfte den Annäherungsbestrebungen im Interesse der angestrebten Entspannung auf dem Balkan nicht ablehnend gegenüberstehen, wenn Albanien hinsichtlich der Minderheitenprobleme der in Nordepirus-Südalbanien lebenden Griechen einen annehmbaren Standpunkt einnimmt.

Zypern-Frage bleibt zunächst wichtigstes Problem

Doch nicht nur auf den Balkan beschränkt sich die Aktivität der griechischen Aussenpolitik; auch im Mittelmeerraum werden alte Beziehungen intensiviert. Andreas Papandreu, der Sohn des Ministerpräsidenten und stellvertretende Koordinationsminister, besucht in den nächsten Tagen Kairo, um dort mit Nasser und Regierungsmitgliedern beide Länder interessierende Fragen zu erörtern.

Nach wie vor bleibt jedoch die Zypern-Frage das wichtigste aussenpolitische Thema Griechenlands. Die griechische Regierung unterstützt das Verlangen der griechischen Zyprioten nach Selbstbestimmung mit Freigebung und in dem festen Willen, den Frieden zu erhalten. Das läßt hoffen, daß die Zypern-Frage bei der Diskussion der Fragen im Rahmen der Vollversammlung der UNO eine Wendung zum Guten nimmt.

\* \* \*

Gastarbeiter werden in der Schweiz zum Problem

1950 waren es 90 000 - jetzt sind es 800 000  
Von Otto Schmidt, Bern

Während in der Bundesrepublik kürzlich angeblich der Millionste Gastarbeiter empfangen wurde, ist die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte in der kleinen Schweiz auf über 800 000 gestiegen, bei einer zehnmal geringeren Einwohnerzahl als sie die Bundesrepublik hat. Daß vor allem die Gewerkschaften die Entwicklung mit einer gewissen Besorgnis betrachten und immer vor einer künstlichen Aufblähung der schweizerischen Industrie warnen, ist begreiflich. Der Grund der zunehmenden Zuwanderung ausländischer Arbeiter, in erster Linie Italiener, ist nicht der, daß die einheimische Industrie zu wenig Arbeitskräfte zur Erfüllung ihrer Aufgaben hat, sondern; sie hat mehr Aufträge angenommen, als sie bewältigen kann. Da viele Fabriken ihre Anlagen vergrößert haben, versuchen sie, den hohen Produktionsstand zu halten oder wenn möglich noch zu steigern. Das führt zu einer unheilvollen Aufblähung. Die Gastarbeiter sind vor allem als Bau- und Industriearbeiter oder im Gaststättengewerbe beschäftigt, wo kaum einheimischer Nachwuchs zu finden ist. - Diese Entwicklung bringt auch soziale Probleme mit sich. Schlimm ist die Auswirkung auf den Wohnungsmarkt. In den Städten sind kaum noch preisgünstige Wohnungen zu finden, und natürlich sind auch Fälle bekannt, da gerissene Wochenner die Gastarbeiter ausnutzen.

Die Invasion der Gastarbeiter - im Jahre 1950 waren es 90 000, heute ist es bald das Zehrfache - traf die kleine Schweiz unvorbereitet. Man war versucht, vorerst nur die Sonnenseite zu sehen: Hochkonjunktur und bessere Verdienstmöglichkeiten. Aber bald sah man sich Problemen konfrontiert, an die niemand gedacht hatte. Die Gastarbeiter stellen vorerst eine anonyme, politisch wecklose Masse dar. Was geschieht aber, wenn sie sich assimiliert haben? Mancherorts stellt man sich schon lange die Frage: Wie soll es weitergehen? Man ruft schon lange nach einem Gastarbeiterstopp, um den Bogen nicht zu überspannen. Demnächst soll ein neues Einwanderungsabkommen mit Italien ratifiziert werden, das aber in wichtigeren Einzelheiten noch nicht klar ist. Die Schweiz sieht sich angesichts der modernen Völkerwanderung Problemen gegenüber, die ihre Aufmerksamkeit voll beanspruchen.

\* \* \*